

Auch die japanischen Produzenten von Textilien schlossen sich den Protesten der Handtuchhersteller an. Importe von Kleidung und Strickwaren waren bereits 1999 um 20% angestiegen und erlebten während der ersten neun Monate des Jahres 2000 eine weitere Steigerung um 24%. Auch hier richten sich die Beschwerden in erster Linie gegen den Import aus China, das seinen Anteil an importierter Kleidung in Japan von 73% im Jahr 1997 auf 83,4% im letzten Jahr steigern konnte. (Wall Street Journal online, 4.1.01) -kg-

28 Afrikanisches Öl für China

Die chinesische Wirtschaft verlangt zunehmend nach Energie. Bereits heute ist die Volksrepublik China gezwungen, 25% ihres Bedarfs zu importieren. Auf der Suche nach sicheren Quellen des Schwarzen Goldes wendet sich China seit geraumer Zeit dem afrikanischen Kontinent zu.

Über die gemeinsame Ausbeutung der Erdölvorkommen möchte China zumindest einen Teil seines zukünftigen Bedarfs an diesem Primärenergieträger sichern. Ein Abkommen über eine Kooperation auf diesem Gebiet wurde daher jüngst zwischen der VR China und Angola während eines Besuchs des chinesischen Außenministers Tang Jiaxuan in dem afrikanischen Staat geschlossen.

Beindet sich die Zusammenarbeit mit Angola noch im Anfangsstadium, konnte sich der Direktor der Abteilung West- und Nordafrika im chinesischen Außenministerium, Liu Guozeng, im Rahmen eines Besuchs im Sudan bereits von ersten Erfolgen der sudanesisch-chinesischen Kooperation überzeugen. Er besichtigte ein Projekt zur Erdölgewinnung, das dort von der chinesischen Chinese National Petroleum Corporation begonnen wurde.

Auch im Iran ist die chinesische Ölindustrie aktiv. Hier wurde zwischen der National Iranian Oil Company und dem chinesischen Ölgiganten Sinopec in der ersten Januarhälfte eine Vereinbarung über die gemeinsame Ausbeutung einer sich über 4.670 km² erstreckenden Erdöllagerstätte 205 km südlich von Teheran geschlossen. In zwei weiteren Verträgen mit einem Finanzvolumen von 150 Mio. US\$ wur-

de die Modernisierung von zwei Raffinerien vereinbart. Sinopec importierte allein im Jahr 2000 7,35 Mio. t iranischen Erdöls nach China. (XNA, 12.1., 16.1., 18.1.01) -kg-

Binnenwirtschaft

29 Wachstumsrate von 8% für das Jahr 2000 bestätigt

Das nationale Statistikamt hat die in diesem Jahr realisierte Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von 8% gegenüber 1999 Ende Dezember 2000 bereits vorläufig bestätigt. Gegenüber dem Jahr zuvor ist damit das gesamtwirtschaftliche Wachstum um 0,9% höher ausgefallen. Die Wertschöpfung im Industriesektor lag mit einem Anstieg um 11,5% ebenfalls mit 2,5 Prozentpunkten höher als im Jahr zuvor. In der gesamten Periode des 9. Fünfjahresplanes (1996-2000) beträgt nunmehr die durchschnittliche Wachstumsrate 8,3%. (XNA, 31.12.00) Mit dem erneuten Anziehen des Wachstums wäre auch eine Kehrtwende der sieben Jahre andauernden Phase des kontinuierlichen Rückgangs des Entwicklungstempos verbunden.

Das Wachstum des Vorjahres war vor allem durch die Exportdynamik getragen worden. Die Ausfuhren im Jahre 2000 stiegen um rd. 30% gegenüber dem Jahr 1999. Die Inlandsnachfrage blieb dagegen schwächer als erwartet, insbesondere auf Grund der geringen Zunahme der Einkommen der ländlichen Bevölkerung. Während sich die ländlichen Einkommen in den ersten elf Monaten des Jahres 2000 lediglich um 2% erhöhten, wiesen die städtischen Einkommen ein Wachstum von 7% auf. (AWSJ, 2.1.01) Für das gesamte Jahr wird mit einer Zunahme der Einzelhandelsumsätze um rd. 10% gerechnet. (NfA, 16.1.01)

Die Verbraucherpreise sind nach vorläufigen Statistiken im Jahre 2000 um 1,5% gegenüber dem Vorjahr gestiegen und weisen ebenfalls auf eine Kehrtwende in der Konjunkturentwicklung hin. (AWSJ, 17.1.01) Mit Wirkung September 2000 wurde der Einzelhandelspreisindex abgeschafft. Hiermit soll eine starke An-

passung an internationale Standards erfolgen, da der Konsumpreisindex besser als Maßlatte für die privaten Ausgaben herangezogen werden kann. Dieser enthält die Entwicklung der Preise von Grundnahrungsmitteln, Kleidung, Haushaltsgeräten, Gesundheitsversorgung, Transport und Telekommunikation, Freizeit und Bildung, Mieten sowie Dienstleistungen. Erfasst werden die täglichen Ausgaben von 36.000 städtischen und 67.000 ländlichen Haushalten in 226 ausgewählten Städten und Kreisen. (NfA, 16.1.01)

Um die Wirtschaft auch im Jahre 2001 auf einem hohen Wachstumspfad zu halten, erwägt die Regierung derzeit ein neues Finanzpaket zur Stimulierung mit einem Volumen von rd. 150 Mrd. Yuan. Nach Angaben des Finanzministeriums sollen rd. 100 Mrd. Yuan in Form von Infrastrukturanleihen begeben und rd. 50 Mrd. Yuan für ein Programm zur Entwicklung von Westchina eingesetzt werden. Die endgültige Entscheidung über ein solches Konjunkturprogramm wird allerdings erst auf dem anstehenden Nationalen Volkskongress in einigen Wochen erwartet. (FT, 22.12.00) -schü-

30 Ziel der Unternehmensreform „im Wesentlichen“ erreicht

Auf einem nationalen Wirtschaftsforum Anfang Dezember 2000 erklärte der Minister der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission Sheng Huaren mit Blick auf die Erfolge der letzten drei Jahre, dass das Ziel der Unternehmensreform „im Wesentlichen“ erreicht worden sei. Die Industrieproduktion und der Absatz sowie die Gewinnsituation hätten sich stetig in diesem Jahr verbessert. Staatliche Unternehmen und Betriebe mit einem staatlichen Kontrollanteil konnten angeblich ihre Gewinne in den ersten zehn Monaten dieses Jahres im Vergleich zur Vorjahresperiode um 160% erhöhen; die Gewinne beliefen sich insgesamt auf 183,9 Mrd. Yuan. Zwölf der 14 überwachten Schlüsselsektoren haben ihre Verluste in Gewinne umwandeln können. (Xinhua News Agency, Domestic Service, 11.12.00, in: SWVB FE/W0671, CNS, 20.12.00)

Zu den zwei Branchen bzw. Sektoren, die noch rote Zahlen schreiben, zählt der Kohlebergbau und die Militärindustrie. (XNA, 10.1.01) Die Erdölindustrie ist dagegen das Zugpferd bei dem Wandel von einer Verlust- in eine Gewinnsituation gewesen. So entfallen auf die Mineralölkonzerne rd. 30% der Gewinne der 500 größten Staatsunternehmen. (HB, 10.1.01)

Von insgesamt 6.599 großen und mittelgroßen Unternehmen, die noch Ende 1997 Verluste aufgewiesen hatten, machen 4.098 Unternehmen inzwischen keine Verluste mehr. Die Regierung geht davon aus, dass die staats-eigenen Unternehmen sowie die Unternehmen mit einem staatlichen Kontrollanteil bis Ende des Jahres 2000 rd. 230 Mrd. Yuan Gewinne verzeichnen werden. Im Vergleich zum Jahre 1999 wäre dies eine Zunahme um 130% und gegenüber 1997 von 180%.

Nach Angaben von Sheng sollen rd. 80% der großen und mittelgroßen Unternehmen mit einer Schlüsselbedeutung in den einzelnen Branchen mit dem Aufbau eines modernen Managementsystems begonnen haben. Weiterhin seien erfolgreiche Schritte zur Trennung der Aufgaben von Unternehmensmanagement und staatlicher Administration, zur Veränderung des Operationsmechanismus, zur Stärkung des Unternehmensmanagements sowie zur Kanalisierung von überschüssigen Arbeitskräften unternommen worden. Dies mache deutlich, dass das Ziel der Unternehmensreform im Wesentlichen erreicht worden sei. (Xinhua News Agency, Domestic Service, 11.12.00, in: SWVB FE/W0671, CNS, 20.12.00)

Als Ursachen der Erfolge bei der Reform der Staatsunternehmen nannte Sheng verschiedene Maßnahmen der Regierung, u.a. die Neustrukturierung der Unternehmen, ihre technologische Modernisierung und Übernahme der Schulden der Staatsbetriebe durch Asset-Management-Unternehmen der Banken, die die Schulden in Aktien umwandeln können (Debt-Equity-Swap). Auch die Entspannung der gesamtwirtschaftlichen Situation, die Verfolgung einer aktiven Finanzpolitik und die stabile geldpolitische Situation haben Sheng zufolge zum Erfolg der Unternehmensreform beigetragen. (XNA, 28.12.00, 10.1.01)

Die technologische Modernisierung der staatlichen Schlüsselunternehmen wurde in den letzten zwei Jahren nach Angaben von Wang Dong von der Abteilung für Investitionen und Planung bei der Wirtschafts- und Handelskommission mit 19,5 Mrd. Yuan finanziert. Die Vergabe der Fördermittel orientierte sich in erster Linie an der Verbesserung der Produktvielfalt und Qualität. Seit 1999 seien Wang zufolge insgesamt Investitionsmittel in Höhe von rd. 240 Mrd. Yuan mit günstigen Kreditbedingungen für 880 Projekte vergeben worden. (XNA, 9.1.01)

Das Ziel, die staatseigenen Unternehmen innerhalb von drei Jahren aus der Krise zu führen, war 1997 von Ministerpräsident Zhu Rongji verkündet worden. Mit dem anstehenden Beitritt zur WTO wurde die Umstrukturierung des Staatssektors in den letzten zwei Jahren beschleunigt vorangetrieben. In welchem Umfang tatsächlich eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Effizienz des Staatssektors eingetreten ist, scheint zwar noch nicht absehbar zu sein. Allerdings sind in den letzten drei Jahren durchaus viele Veränderungen im staatlichen Sektor eingetreten. Zu den einschneidenden Maßnahmen gehörte nicht nur der Abbau von Überkapazitäten und die Freisetzung von rd. 21 Mio. Arbeitskräften, sondern auch der Börsengang einer Reihe von großen Unternehmen an nationale und internationale Börsen. (HB, 10.1.01) Die indirekte Schuldenabschreibung mit Hilfe der Asset-Management-Unternehmen hat zwar dazu beigetragen, die Effizienz der Staatsunternehmen zu erhöhen und die Banken von uneinbringlichen Krediten zu entlasten, doch handelt es sich dabei zunächst nur um eine Verlagerung des Schuldenbergs. Ob die in Schulden umgewandelten Wertpapiere später von in- oder ausländischen Investoren gekauft werden, bleibt abzuwarten. (NFA, 2.1.01)

In seiner Rede vor dem nationalen Wirtschaftsforum wies Sheng Huarren allerdings auch darauf hin, dass trotz der anfänglichen Erfolge bei der Unternehmensreform noch eine Reihe schwerwiegender Probleme für die Staatsunternehmen existierten. Dazu zählten vor allem die irrationale Wirtschaftsstruktur sowie die geringe Effizienz und die niedrigen Gewinne der

Unternehmen. Im Zentrum der Bemühungen im Jahre 2001 müssten folgende vier Ziele stehen, die im Folgenden in verkürzter Form vorgestellt werden.

- 1) Stärkere Förderung der großen Unternehmen und Konsortien, die international wettbewerbsfähig sind. 50 bis 100 große Unternehmen sollen in Schlüsselsektoren und im internationalen Handel in rd. drei bis fünf Jahren als Rückgrat der nationalen Wirtschaft entstehen. Als unterstützende Maßnahmen hierfür gelten die Umwandlung in Anteilsgesellschaften, die Börsennotierung der Unternehmen, Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit, die Unternehmen sollen unabhängig von Subventionen sein und die Anzahl überschüssiger Beschäftigter abgebaut werden.
- 2) Beschleunigung der technologischen Transformation der Unternehmen. Die Entwicklung von Hightech-Industrien soll mit der Transformation traditioneller Industrien verbunden werden. Die Informationstechnologie soll bei der weiteren Industrialisierung eine Schlüsselrolle einnehmen.
- 3) Schwache Unternehmen sollen noch schneller aus dem Markt gedrängt werden. So müssen kleine Unternehmen mit einer schlechten Produktqualität, starker Ressourcenverschwendung, hoher Umweltverschmutzung und unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen auf der Basis gesetzlicher Bestimmungen geschlossen werden. Das Konkursverfahren soll für solche staats-eigenen Unternehmen angewandt werden, deren Produkte keinen Markt finden, deren Vermögenswerte geringer als die Schulden sind, die hohe Verluste machen und keine Aussicht haben, ihre Verluste in Gewinne umzuwandeln. Auch Bergwerke mit erschöpften Ressourcen sollen geschlossen werden.
- 4) Innovationen im Unternehmenssystem und im Management sollen schneller umgesetzt werden. Hierzu zählt die Umwandlung von großen und mittelgroßen staats-eigenen Unternehmen in Kapitalanteilsunternehmen, die Trennung von admi-

nistrativen Funktionen der Verwaltung und Unternehmensmanagement, die Einführung eines Finanzmanagements, von Qualitätskontrollen, Sicherheitsmanagement sowie die Förderung von Informationssystemen.

Sheng Huaren kündigte weiterhin an, dass im Jahr 2001 der Schwerpunkt der Regulierung und Kontrolle auf die Sektoren Kohlebergbau, Metallurgie, Petrochemie, Baustoffindustrie und die Zuckerindustrie gelegt wird. Dabei gehe es vor allem darum, ineffiziente kleine Bergwerke, Eisen- und Stahlfabriken, Raffinerien, Zement- und Glasfabriken zu schließen, die Duplizierung von Projekten und die Abwanderung von rückständigen Fabriken nach Westchina zu verhindern. (Xinhua News Agency, Domestic Service, 11.12.00, in: SWVB FE/W0671, CNS, 20.12.00) -schü-

31 Anteil der Steuern am BIP gestiegen

Das Jahr 2000 hat nach Einschätzung von Jin Renqing von der State Administration of Taxation (SAT) eine beträchtliche Steigerung des Steueraufkommens mit sich gebracht. Das gesamte Steuervolumen belief sich auf 1.266 Mrd. Yuan und lag damit 234,8 Mrd. Yuan höher als 1999. Das gestiegene Steueraufkommen erhöhte den Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf 14,2%. Dies war der höchste Anteil innerhalb des 9. Fünfjahresplanes (1996-2000) und deutlich mehr als die 10,2% am Ende der Periode des 8. Fünfjahresplanes (1991-1995).

Jin wies fern darauf hin, das der Anteil der Zentralregierung am gesamten Steueraufkommen voraussichtlich auf 59% steigen wird. Dies wäre eine Zunahme um mehr als 2 Prozentpunkte gegenüber dem Anteil von 56,7% im Jahre 1995.

Zolleinnahmen für Importe trugen mit 149,3 Mrd. Yuan (+43,7%) zu den gesamten Steuereinnahmen bei. Auf Wertpapiertransaktionen wurden Steuern in Höhe von 47,8 Mrd. (+95,2%) erhoben. Beide Steuerarten waren mit 29% am gesamten Anstieg der Steuern im Jahre 2000 beteiligt. Im Rahmen der Exportförderung haben die Zollbehörden im letzten Jah-

re eine Exportsteuerrückerstattung in Höhe von 81,1 Mrd. Yuan veranlasst (+29,2%).

Innerhalb des 10. Fünfjahresplanes ist eine bessere Koordination des Wachstums der Steuereinnahmen und der Gesamtwirtschaft geplant. Beabsichtigt ist eine weitere Erhöhung des Steueranteils am BIP sowie des Anteils der Steuereinnahmen der Zentralregierung an den gesamten Steuereinnahmen. Weiterhin soll ein Übergang der Mehrwertsteuer von einer produktionsbezogenen auf eine konsumbezogene Basis durchgeführt werden. Auch eine Angleichung der Steuern für inländische und ausländische Unternehmen sowie eine Anpassung der privaten Einkommenssteuer sei vorgesehen. (XNA, 5.1.01)

Als Erfolg ihrer Politik meldet die Regierung auch den Rückgang der privaten Spareinlagen in den Banken in den ersten zehn Monaten d.J. So sind nach Angaben der CASS (Chinese Academy of Social Sciences) die neuen Spareinlagen bis Ende Oktober 2000 auf 376,7 Mrd. Yuan gegenüber 590,2 Mrd. Yuan Oktober 1999 zurückgegangen. Als Auslöser wird die Besteuerung der Zinseinkommen auf Spareinlagen mit 20% seit Oktober 1999 angesehen. Allerdings sei das Geld nicht in den Konsum gesteckt, sondern in den Aktienmarkt investiert worden, so die CASS. (FT, 18.12.00) -schü-

32 Mittelfristig eine Arbeitslosenquote von 5% erwartet

Einem Bericht des Ministeriums für Arbeit und Soziale Sicherheit zufolge wird sich die Arbeitslosenquote am Ende des 10. Fünfjahresplanes im Jahre 2005 auf rd. 5% stabilisiert haben. Offensichtlich geht das Ministerium davon aus, dass sich bis dahin zumindest die inoffizielle Arbeitslosigkeit noch deutlich erhöhen wird. Die auf den städtischen Arbeitsmarkt beschränkte Arbeitslosenquote wurde in den letzten Jahre stets nur mit rd. 3% angegeben und bezog nicht die intern in den Unternehmen freigesetzten Arbeitskräfte mit ein.

Das Ministerium rechnet damit, dass sich bis zum Jahre 2005 die Zahl der Arbeitskräfte auf dem städtischen Arbeitsmarkt um 40 bis 45 Mio. Per-

sonen erhöhen wird. Weitere 40 Mio. ländliche Arbeitskräfte würden in diesem Zeitraum nach Schätzungen des Ministeriums den Agrarsektor auf der Suche nach anderen Arbeitsmöglichkeiten in den Städten verlassen. Trotzdem wird ein durchschnittlicher Anstieg der städtischen Löhne in den kommenden fünf Jahren in Höhe von 5% erwartet.

Ende November 2000 waren nach Angaben des Ministeriums 6,56 Mio. Personen arbeitslos, die von staatseigenen Unternehmen freigesetzt worden waren. Der überwiegende Teil, nämlich 5,83 Mio. Personen, erhielt eine materielle Grundsicherung durch die Wiederbeschäftigungszentren. Diese werden von den Staatsunternehmen unterhalten, die eine Neustrukturierung ihrer Beschäftigung durchführen. (AWSJ, 29.12.00)

Die Zahl der insgesamt in den letzten drei Jahren in den Staatsunternehmen freigesetzten Arbeitskräfte wird von Sheng Huaren, Minister der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission, mit rd. 21 Mio. angegeben. Mehr als 15 Mio. der freigesetzten Arbeitskräfte hätten über Wiederbeschäftigungsprogramme und andere Maßnahmen untergebracht werden können. (XNA, 10.1.01)

Allerdings soll ab 2001 für die Staatsunternehmen keine Notwendigkeit mehr bestehen, die freigesetzten Arbeitskräfte im Rahmen von Wiederbeschäftigungsprogrammen intern unterzubringen. Anstelle einer materiellen Absicherung über die ehemalige Arbeitsstelle soll nun die Arbeitslosenversicherung für die neu freigesetzten Arbeitskräfte gelten. (SCMP, 28.12.00)

Selbst im wirtschaftlich relativ gut entwickelten Südchina ist das Problem der Arbeitslosigkeit sehr akut. So weist beispielsweise das Arbeitsamt der Provinzhauptstadt Guangzhou einen Anstieg der registrierten Arbeitslosen in den ersten drei Quartalen des Jahres 2000 um 99.610 auf insgesamt 162.246 Personen aus. In dieser Periode fanden 75.947 Personen eine neue Beschäftigung, während 80.774 weiterhin arbeitslos blieben. Bis zum Jahresende 2000 wurde mit einem kumulierten Anstieg der Arbeitslosen auf 200.000 gerechnet. Als Ursache für die Ausweitung der Arbeitslosigkeit in

Guangzhou sieht das Arbeitsamt vor allem folgende Gründe:

- 1) Mehr Unternehmen gingen in Konkurs und wurden geschlossen; die Staatsunternehmen reduzierten die Zahl der Beschäftigten. Mehr als 80 der 100 Unternehmen, die einen Antrag auf Schließung und Konkurs gestellt haben, wurden abgewickelt und haben dabei viele Arbeitskräfte entlassen.
- 2) Die Fähigkeit der Staatsunternehmen in Guangzhou, freigesetzte Arbeitskräfte weiter zu absorbieren, hat erheblich nachgelassen. Im September sank der Anteil der freigesetzten Arbeitskräfte, die von den Staatsunternehmen absorbiert wurden, auf rd. 30%, während die nichtstaatlichen Unternehmen rd. 54% aufnehmen konnten. Allerdings würden nur gut qualifizierte Arbeitskräfte von diesen Unternehmen eingestellt, während für die übrigen Arbeitskräfte kaum Chancen einer Neubeschäftigung bestehen würden.
- 3) Mit der zunehmenden Urbanisierung haben sich rd. 25.000 Arbeitskräfte mit einer Wohn- und Arbeitsplatzregistrierung in den ländlichen Gebieten als städtische Bewohner niedergelassen. Allerdings wird erwartet, dass davon rd. 10.000 als registrierte Arbeitslose in der Statistik auftauchen werden.

die weitere Reform des Agrarsektors sowie die Verbesserung der Einkommenssituation der Bauern im Mittelpunkt der Diskussion. Das nur langsame Wachstum der bäuerlichen Einkommen wird als eines der zentralen Entwicklungsprobleme angesehen. Ursächlich hierfür sind die niedrigen Preise für landwirtschaftliche Produkte sowie die geringen Verkaufsumsätze. In einigen auf die Getreideproduktion spezialisierten Anbaugebieten sollen die Einkommen der Bauern sogar rückläufig sein. Die Folge dieser Entwicklung sei ein weiteres Auseinanderfallen der Einkommen in den Städten und auf dem Lande.

Auf der Konferenz wurde darauf hingewiesen, dass die geringen Einkommen die Bauern demotivierten, weiterhin Ackerbau zu betreiben. Eine nur langsam steigende Kaufkraft würde außerdem die Nachfrage der Bauern nach Industrieprodukten beeinträchtigen und den Markt für Agrarprodukte schwächen.

Als wichtigste Maßnahme zur Einkommenssteigerung wurde auf der Konferenz die Erhöhung der Ausgaben für den Agrarsektor und die Verbesserung des Entwicklungsumfeldes genannt. Durch die Umstrukturierung des Agrarsektors und der ländlichen Wirtschaft sollen eine höhere Effizienz erreicht und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Im Einzelnen wurden die Verbesserung der Qualität von Getreide und von weiterverarbeiteten Agrarprodukten, die Entwicklung der Industrie und des Dienstleistungssektors sowie die Umstrukturierung der ländlichen Unternehmen als Maßnahmen genannt. Ebenso wie in den Jahren zuvor forderte die Konferenz die Beschleunigung der Urbanisierung durch den Aufbau kleiner Städte und dem damit verbundenen Transfer von überschüssigen ländlichen Arbeitskräften in den nichtlandwirtschaftlichen Sektor.

Als zentrale Aufgaben der Arbeit in den ländlichen Gebieten wurden folgende neun Punkte genannt:

- Förderung der landwirtschaftlichen Umstrukturierung und Verbesserung der Performance des gesamten Agrarsektors.
- Sicherung ausreichender Nahrungsmittelangebote und Ver-

besserung der Gewinnsituation in der Getreideproduktion.

- Transfer von überschüssigen ländlichen Arbeitskräften in andere Sektoren und schrittweise Verbesserung der bäuerlichen Einkommen.
- Beschleunigung der Reform des ländlichen Steuersystems, um die Bauern zu entlasten.
- Erhöhung der Investitionen in die Landwirtschaft und Infrastruktur auf dem Land.
- Vertiefung der technologischen und Bildungsreformen.
- Fortsetzung der Armutsprogramme, Verbesserung des Lebensstandards der Bauern.
- Weitere außenwirtschaftliche Öffnung des Agrarsektors, der sich am internationalen Wettbewerb beteiligen soll.
- Förderung des gesamten sozialen Fortschritts auf dem Land. (XNA, 6.1.01)

Nach Angaben des Agrarministeriums auf der o.g. Konferenz, sollen die ländlichen Betriebe in den kommenden fünf Jahren rd. 10 Mio. neue Arbeitsplätze schaffen. (AWSJ, 30.1.01)

Die Armutsbekämpfung in den ländlichen Gebieten hat nach Statistiken der Führungsgruppe für die Armutsbekämpfung beim Staatsrat zwar Fortschritte gemacht, doch würden sich noch 26 Mio. Bauern Ende 2000 unterhalb der Armutsgrenze befinden. Die Zahl der armen Bauern konnte im letzten Jahr um rd. acht Millionen reduziert werden, obwohl eine starke Dürre die Armutsbekämpfung erschwert habe. Das Volumen staatlicher Förderung zur Bekämpfung der Armut belief sich im Jahre 2000 auf 24,8 Mrd. Yuan; 1996 hatten die Fördermittel lediglich einen Umfang von 9,85 Mrd. Yuan erreicht. (XNA, 26.12.00) -schü-

Die Reaktion der Stadt Guangzhou auf die zunehmende Arbeitslosigkeit ist vor allem unter dem Aspekt der sozialen Stabilisierung zu sehen. So hat die Stadtregierung erneut rd. 1 Mrd. Yuan aus ihrem Haushalt für die Staatsunternehmen bereitgestellt, damit diese ausstehende Löhne und Schulden zahlen können und ihre freigesetzten Arbeitskräfte unterbringen können. (*Guangzhou Ribao*, 5.12.00, in: SWB FE/W0671, CNS, 20.12.00) -schü-

33 Höhere Einkommen für Bauern gefordert

Auf der Konferenz der Zentralregierung zur Arbeit in den ländlichen Gebieten Anfang Januar 2001 stand

34 Illegale Praktiken an Chinas Aktienbörsen

Ministerpräsident Zhu Rongji rief auf einem Seminar zum Finanzsektor dazu auf, die Überwachung und interne Kontrolle zu verstärken. Nach wie

vor existierten Probleme und potenzielle Risiken, die nicht verdrängt werden dürften. Zhu wandte sich an die Regulierungsbehörden wie die Zentralbank, die Wertpapieraufsichtsbehörde (China Securities Regulatory Commission = CSRC) und die Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen (China Insurance Regulatory Commission), sich genau an die politischen Vorgaben und gesetzlichen Bestimmungen zu halten. Er warnte, dass diejenigen, die ihre Aufgaben und Verantwortungen vernachlässigten, mit harten Sanktionen rechnen müssten. (XNA, 16.1.01)

Die Aufforderung zur stärkeren Regulierung und Kontrolle im Finanzsektor kommt zu einem Zeitpunkt, zu dem eine Reihe illegaler Praktiken an den Aktienmärkten bekannt wurden. Insiderhandel und Manipulation der Aktienkurse mit Hilfe von dubiosen Meldungen über Reorganisationen wurden am Beispiel des Unternehmens China Venture Capital (Group) Co. offensichtlich, bei dem die Kurse durch informierte Broker und Funktionäre in die Höhe getrieben worden waren. Das in Shenzhen notierte Geflügelzuchtunternehmen ist mit dem in Beijing befindlichen privaten Unternehmen China Venture Capital Group verbunden. Nachdem die Börsenkurse des Unternehmens in den vergangenen 24 Monaten um fast das 200fache gestiegen waren, stürzten die Kurse aus unerklärten Gründen ab. Die Börsenaufsicht hatte daraufhin den Handel mit dieser Aktie ausgesetzt. Gegen den Generalmanager des Unternehmens in Beijing soll eine Untersuchung eingeleitet worden sein. (AWSJ, 5.1.01; HB, 17.1.01)

Ein Bericht der *Shanghai Securities News* von Mitte Januar 2001 hinterfragt mit Blick auf Manipulation von Aktienpreisen und Insiderhandel kritisch die Rolle der institutionellen Investoren im Aktienmarkt. Die Zeitung wirft den institutionellen Investoren Mangel an Professionalität und aktive Spekulation vor. Sie sollten sich eher als strategische Aktienbesitzer notierter Unternehmen verhalten und langfristige Gewinne anstreben. Auch die *Shanghai Daily* weist auf illegale Praktiken hin, die in einem Untersuchungsbericht des Shanghai Stock Exchange zusammengefasst worden seien. Hierbei handelte es sich insbesondere um Insider-

handel bei einer Reihe von Unternehmensumstrukturierungen und Bilanzfälschungen. Die Shanghaier Börse habe feststellen müssen, dass es oft zu einem starken Kursanstieg vor vielen Unternehmensumstrukturierungen gekommen war. Nachdem die Umorganisationen durchgeführt worden sei, wären die Kurse dann wieder zusammengebrochen. (SCMP, 13.1.01)

Nach Angaben von Zhou Xiaochuan, Vorsitzender der CSRC, haben chinesische Unternehmen auf dem in- und ausländischen Kapitalmarkt im Jahre 2000 324,9 Mrd. Yuan aufnehmen können. Die Zahl der Börsennotierungen stieg auf insgesamt 1.211 in- und ausländische Unternehmen. Der Shanghaier und Shenzhener Aktienmarkt habe ein Handelsvolumen von 6,08 Billionen Yuan (+94%) im Jahre 2000 verzeichnet. Die Marktkapitalisierung lag bei 4,8 Billionen Yuan, 57% des BIP. Die Zahl der Fondsmanagementunternehmen erhöhte sich auf inzwischen zehn, vier weitere befinden sich in der Gründungsphase. Es gebe 33 Wertpapier-Investmentfonds mit einem gesamten Nettovermögen von 84,6 Mrd. Yuan (+35%).

Zhou Xiaochuan wies auf die Erfolge bei der Verstärkung der Überwachung und Durchsetzung gesetzlicher Bestimmungen im Jahre 2000 hin, die er zum Teil auf die Gründung von Kontrollbüros in neun regionalen Niederlassungen der CSRC zurückführt. Weiterhin seien seit in Kraft treten des Wertpapiergesetzes im Juli 1999 bereits 236 Fälle illegaler Praktiken untersucht und in 100 Fällen Sanktionen gegen 88 Institutionen sowie 142 Personen ausgesprochen worden; es wurden 486 Mio. Yuan an Strafgeldern und illegalen Einkommen beschlagnahmt.

Als wichtigen Schritt der Marktregulierung bezeichnete Zhou die Abschaffung des oft kritisierten Quotensystems für die Neuemission von Aktien. Stattdessen sollen Neuemissionen nunmehr durch Sponsoren empfohlen und durch ein Expertenkomitee überprüft werden, bevor die CSRC ihre endgültige Entscheidung trifft. Trotz dieser Erfolge gibt auch Zhou zu, dass noch viele Probleme existieren. So sei die Qualität der börsennotierten Unternehmen noch relativ niedrig, die Finanzintermediäre und die Fondsmanagementunterneh-

men müssten noch verbessert werden, es bestünden Probleme im Sekundärmarkt, und es müssten härtere Sanktionen bei illegalen Praktiken verhängt werden. (XNA, 16.1.01)

Zhou kündigte außerdem an, dass neue Notierungen weiter in Hongkong, aber auch an den Auslandsbörsen in New York, London, Tokyo, Singapur und in Australien geplant seien. Um die Qualität der börsennotierten Unternehmen zu verbessern, werde die CSRC höhere Standards bei der Informationspflicht einführen, internationale Bilanzierungsstandards fördern, die Unternehmensstruktur der notierten Unternehmen verbessern und Bestimmungen über Unternehmensübernahmen vorlegen. (XNA, 16.1.01)

Nach Einschätzung ausländischer Analysten zählt auch die Fragmentierung des Aktienmarktes zu den größten Problemen. Auf den zwei Aktienmärkten in Shenzhen und Shanghai notierten A-Aktien-Unternehmen für Inländer und B-Aktien für ausländische Investoren. Obwohl der A-Aktienmarkt nach den Vorstellungen der CSRC fusionieren soll, gibt es hierfür noch keinen festen Zeitplan. Ausländer könnten weiterhin chinesische H-Aktien an der Hongkonger Börse kaufen, an der eine Reihe festlandchinesischer Unternehmen notiert sind. (IHT, 2.1.01) Problematisch sei auch, dass die Nichtkonvertibilität des Yuan die ausländischen Investoren von der Außenwelt isoliere. Weiterhin würden die Börsenkurse auf Grund des verbreiteten Insiderhandels wenig den Grunddaten der Unternehmen entsprechen. Darüber hinaus sei die Rolle der chinesischen Regierung als Eigentümer der meisten Unternehmen ein Problem, da auch die Manager der Unternehmen sich eher als Beamte denn als Unternehmensmanager verhalten würden. (FT, 26.1.01)

Obwohl die CSRC eine Zusammenlegung der börsennotierten Unternehmen in Shenzhen und in Shanghai plant, soll Shenzhen den Handel mit seinen 513 Aktien weiter fortsetzen. Als Kompensation der Verlegung der Unternehmen nach Shanghai wurde Shenzhen die Gründung einer Hightech-Börse angeboten. Shenzehn soll jedoch kritisiert haben, dass eine Verlagerung der Aktien nach Shanghai nicht sinnvoll wäre, da hierdurch der Liquiditätsabfluss zu groß sei. Eine

neue Hightech-Börse würde nur auf der Basis der bestehenden Notierungen aufgebaut werden können. (FT, 22.12.00) -schü-

SVR Hongkong

35 *Chief Secretary Anson Chan kündigt überraschend ihren vorzeitigen Rücktritt an*

Frau Anson Chan, *Chief Secretary of Administration* der SVR Hongkong, hat Mitte Januar ihren vorzeitigen Rücktritt für Ende April und damit 14 Monate vor dem regulären Ende ihrer Amtszeit angekündigt. Ihre Entscheidung wurde von der Hongkonger und der internationalen Öffentlichkeit mit Überraschung und überwiegend mit Bedauern aufgenommen.

Die 1940 geborene Anson Chan ist seit über 38 Jahren im Hongkonger *Civil Service* tätig, wo sie im Lauf ihrer Verwaltungskarriere Funktionen in vielen verschiedenen Ressorts übernahm. 1993 wurde sie vom damaligen Gouverneur Chris Patten zur *Chief Secretary of Administration* ernannt, ein Amt, das die Leitung des rund 180.000 Personen starken *Civil Service* sowie die Vertretung des Gouverneurs umfasste. Frau Chan war die erste Chinesin und die erste Frau in diesem Amt.

Als Gewähr für eine Kontinuität der Verwaltung über die Rückgabe Hongkongs an die VR China hinweg wurde Anson Chan 1997 von dem neuen *Chief Executive* Tung Chee-hwa in ihrem Amt bestätigt, dessen Stellvertreterin sie damit zugleich wurde. In einem Interview mit der Zeitschrift *Newsweek* hatte sie damals angedeutet, dass sie sich für einen Rücktritt entscheiden würde, sollte sie gezwungen werden, gegen ihr Gewissen zu handeln. Als sie im März 1999 vor Erreichen des Pensionsalters aufgefordert wurde, noch bis zum Ablauf der Amtszeit des *Chief Executive* Ende Juni 2002 im Amt zu bleiben, willigte sie ohne Vorbehalte ein.

Umso unerwarteter erscheint vielen Kommentatoren die Ankündigung ihres Rücktritts zum gegenwärtigen

Zeitpunkt, den sie damit begründete, sich intensiver ihrer Familie widmen zu wollen. In ihrer offiziellen Rücktrittserklärung betonte sie, dass sie angesichts der deutlichen Erholung der Hongkonger Wirtschaft und des öffentlichen Vertrauens entbehrlich geworden sei, zumal die Reform des *Civil Service* nun erfolgreich auf den Weg gebracht sei. Sie habe sich bewusst für Ende April als geeignetes Datum für einen Amtswechsel entschieden, da dann die Arbeitsbelastung am geringsten sei und ihrem Nachfolger ausreichend Zeit zur Verfügung stehe, um vor dem Juni 2002 in seinem Amt Fuß zu fassen. In anschließenden Presseinterviews fügte sie hinzu, dass sie mit Tung Chee-hwa in einem sehr guten kooperativen Arbeitsverhältnis stehe, und wies Gerüchte zurück, wonach ein seit der Übergabe Hongkongs zunehmend konfliktreiches Verhältnis zum *Chief Executive* für ihren Rücktritt verantwortlich sei. Auch verneinte sie jegliche Absicht, für die Nachfolge Tung Chee-hwas im Juni 2002 zu kandidieren.

Die Reaktionen auf Anson Chans Rücktrittserklärung in Hongkong und im Ausland fielen unterschiedlich aus. Die internationale Presse gab vor allem dem Bedauern bzw. dem Schrecken der westlichen Öffentlichkeit Ausdruck; die in Anson Chan seit 1997 das „gute Gewissen Hongkongs“ und eine entschlossene Verteidigerin der Autonomie und demokratischen Freiheiten der SVR sieht. Auf Grund ihrer persönlichen und politischen Integrität, ihrer Klugheit und Wortgewandtheit, genießt Frau Chan international einen ausgezeichneten Ruf. Auch demokratische Kräfte sowie große Teile der Bevölkerung in Hongkong, bei der sich Anson Chan großer Beliebtheit erfreut, teilen diese Einschätzung und befürchten, dass Hongkong eine wichtige Fürsprecherin seiner Autonomie verlieren wird. Einige Beijing-freundliche Kräfte begrüßten demgegenüber den weisen Entschluss der *Chief Secretary*, angesichts der notorischen Spannungen mit dem *Chief Executive* in Grundfragen des Verhältnisses zur VR China und der politischen Kultur das Feld zu räumen.

Einig waren sich die meisten Kommentatoren nur darin, dass Frau Chans Begründung ihres Rücktritts mit pri-

vaten Motiven nicht überzeugend sei. Stattdessen wurden in der Hongkonger Presse zahlreiche Spekulationen über die wahren Gründe des vorzeitigen Verzichts auf ihr Amt erwogen.

So wurde argumentiert, dass der gegenwärtige Zeitpunkt für eine Übergabe ihres Amtes für Frau Chan nicht befriedigend sein könne, da erstens die sozioökonomische Situation Hongkongs weit davon entfernt sei, Anlass zur Beruhigung zu geben, und da zweitens die geplanten Reformen des *Civil Service* einen Angriff auf die Integrität der Verwaltung darstellten, den Frau Chan nicht gelassen hinnehmen dürfte. Für ihren Rücktritt wird daher eine zunehmende Frustration über ihre Konflikte mit dem *Chief Executive* und der Beijinger Führung in Fragen etwa des Aufenthaltsrechts von Festländern in Hongkong, der Pressefreiheit, des Verhältnisses zu Taiwan etc. als ausschlaggebend vermutet (vgl. C.a., 2000/7, S.785-800, 2000/8, S.907-916, 2000/9, S.1048-1058). Gerüchte, die aus dem privaten Freundeskreis der Familie Chan durchgesickert sein sollen, scheinen dies zu bestätigen. Die öffentlich bekannt gemachte Äußerung des chinesischen Vizepremierministers Qian Qichen anlässlich des letzten Besuch Anson Chans in Beijing im vergangenen September, der sie ermahnte, Tung Chee-hwa stärker zu unterstützen, wird hier allgemein als signifikantes Ereignis im Hintergrund der Rücktrittserklärung gesehen.

Aus einer Äußerung Anson Chans gegenüber Journalisten, sie habe den Entschluss zu ihrem vorzeitigen Rücktritt bereits im vergangenen Juli gefasst, leiten einige Beobachter einen konkreteren Anlass ab. Damals war ein Skandal um die Beeinträchtigung akademischer Freiheit bekannt geworden, der sich an der versuchten Einflussnahme auf die Durchführung unabhängiger politische Meinungsumfragen seitens eines persönlichen Assistenten Tung Chee-hwas entzündet hatte (vgl. C.a., 2000/8, Ü 30). Der zähe Aufklärungsprozess gereichte der gesamten Verwaltung zum Schaden. Daher wird vermutet, dass es Frau Chan in ihrem Amt als Leiterin des *Civil Service* sehr schwer gefallen sein muss, die Verantwortung für die Vorkommnisse zu übernehmen.